

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Familie als verschenktes Potenzial

- Professor Werner Sacher über Gütekriterien der Elternarbeit

Immer mehr Jugendliche beim Psychiater

- Stationäre Klinikaufenthalte haben sich verdreifacht

Doppelter Jahrgang und Abi 2012

- Wie Schulen und Land sich darauf vorbereiten

Wer schließt die MINT-Lücke?

- Stand der Naturwissenschaften an Realschulen

Warum aus Barbie nicht Batman wird

- Mädchen zwischen Häkelnadel und High-Tech

Mit Multikulti kommt keiner weiter

- Studie fordert nüchterne Integrationsdebatte

Qualitätsoffensive soll Spitzenplatz sichern

- Minister Rau über weitere bildungspolitische Projekte

4 Seiten Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Jugendgesundheit: Immer mehr Jugendliche beim Psychiater 3	Migration: Neue Studie zu Integration 18
Forschung: Gütekriterien der Elternarbeit 4	Hauptschule: 10 Argumente für die Hauptschule im Dorf . 23
Abitur 2012: Vorbereitungen von Schulen und Land . . 10 Ländervergleich Baden-Württemberg – Bayern 12	Hochschule aktuell
Bildungspolitik: Projekte des Kultusministeriums 13	Studienproteste: Minister Frankenberg zu Bologna-Prozess 24
Kommentar: Mädchen in MINT-Programmen 16	Studium: In Schule und Uni überfordert? 26
MINT-Probleme: Naturwissenschaften an Realschulen. . . 17	Studienbotschafter: Ausweitung von „Gscheit studiert“ 27



Christiane Staab,
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

Wenn ich gefragt würde, was das Bildungstichwort des Monats ist, so fiel mir spontan das Wort „Überforderung“ ein. Lehrer sagen, sie seien überfordert, Eltern fühlen sich überfordert, Kinder sind überfordert, das hat in erschreckendem Umfang das statistische Landesamt festgestellt. Während wir in vielen Bereichen eine gefühlte Überforderung haben (was schlimm genug ist), so haben wir sie in Bezug auf unsere jüngsten und schwächsten Glieder der Gesellschaft schwarz auf weiß. Die Zahl der Kinder, die psychisch erkranken, steigt erschreckend. Ebenso bestürzend wie diese Meldung war die Reaktion des Sozialministeriums, das mit einem Ausbau der Klinikbetten Abhilfe schaffen will. Vergeblich warteten Eltern auf ein Statement derjenigen Stelle, der sie ihre Kinder tagtäglich anvertrauen müssen: dem Bildungsressort.

Dabei zeigt die nackte Statistik auf, was der Landeselternbeirat seit Jahren moniert. Am System Schule wird immer und immer wieder herumgebastelt, ohne dass die Kardinalprobleme, die zum schulischen Leiden vieler Kinder führen, jemals angegangen wurden. Bis heute ist nicht die politische Einsicht entstanden, dass sich die „dörfliche“ Gemeinschaft seit 30 Jahren aus der Erziehungsarbeit verabschiedet hat und dies auch durch die Schulgemeinschaft aufgefangen werden muss. Stattdessen lässt man die Eltern völlig alleine mit ihren Kindern (oft fehlen heute sogar Großeltern oder Onkel und Tante) und der riesigen Aufgabe, diese in

einer globalen, völlig schrankenlosen Gesellschaft zu verantwortungsbewussten, selbständigen Menschen zu erziehen. Statt Unterstützung dort, wo die Kinder die meiste Zeit ihres jungen Lebens verbringen, in und mit der Schule (diese wirkt ja weit in das Elternhaus hinein), werden die Klinikbetten ausgebaut. Das ist an Zynismus kaum mehr zu übertreffen.

Eltern können immer nur einen Teil der Erziehungsarbeit leisten. Ihr Part endet mit dem Öffnen der Haustür und der Angst, ihre Kinder in den Alltag an KiTas und Schulen entlassen zu müssen, der ihnen in zu vielen Fällen mit körperlicher oder verbaler Gewalt, Frustration, Beschämung, Unverständnis, Mobbing, Verführung etc. begegnet. Ich habe meinem Mann noch nie die Gabel an den Kopf geworfen, wenn ich das Salz haben wollte, oder ihm eines mit dem Tennisschläger übergezogen, wenn ich verloren habe, weshalb die Theorie mit dem Lernen von den Eltern offenbar zu kurz gesprungen ist.

Als Mutter habe ich mittlerweile das Gefühl, nicht zu erziehen, sondern zu reparieren. Was dringend notwendig ist, ist ein professioneller Umgang mit dem Thema „Erziehung“ und nicht die fast naive Reaktion, dass eben die Eltern versagen. Wenn wir wirklich Kindern helfen wollen, dann müssen ALLE (und nicht nur die Eltern) hingucken, zuhören, Mut machen, nie nachlassen, in dem Bemühen, jedes Kind mitzunehmen und es zu begleiten auf seinem Weg, ein selbstbewusster, verantwortungsvoller, empathischer Erwachsener zu werden. Solange aber weite Teile der Gesellschaft lieber Geld damit verdienen, dass sie Kinder an die Glotze und den Computer binden, Kindern Alkohol verkaufen und diesen als Coolmacher Nr. 1 darstellen, Wäsche durch retuschierte Magermodels anpreisen, Medikamente als kleine Muntermacher feiern, und solange der Geburtenrückgang politisch als Einsparmaßnahme im teuren Bildungswesen gesehen wird und Eltern als erziehungsunfähig, faul, verantwortungslos oder nicht kompetent herausgedeutet werden, so lange ist es verständlich, dass immer weniger junge Menschen bereit sind, Familie zu gründen. Schade, denn Kinder sind die Erfüllung unseres Daseins. Sie sind das größte Glück und der Boden, auf dem unsere Gesellschaft wachsen kann. Wie wäre es mit mehr Gemeinschaft, mit mehr Herzensbildung an den Schulen und in den KiTas statt mehr Klinikbetten?

Herzlichst

Ihre

Christiane Staab

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Studierende kritisieren Bologna-Prozess

Wissenschaftsminister Frankenberg: System mit mehr Flexibilität ausstatten

Die seit zehn Jahren – der „Bologna-Konferenz“ im Jahr 1999 – von den Hochschulen eingeführten Bachelor/Master-Studiengänge (BA/MA) sind Gegenstand zunehmend kritischer Diskussionen geworden. Die Kritik hatte sich an Problemen vieler Studierender mit den Bachelor-Studiengängen entzündet: Zu groß seien die Stofffülle und der Prüfungsdruck, zu spezialisiert oftmals die Inhalte, wodurch ein Studienort- bzw. Hochschulwechsel, in Deutschland oder international, im BA-Studium kaum noch möglich sei, hieß es bei den Protestaktionen von Studierenden im Sommer und Herbst dieses Jahres. Auf den folgenden Seiten sollen unterschiedliche Aspekte der „Bologna-Reform“ und daraus gezogene Konsequenzen beleuchtet werden.

Mit der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung 1999 wurden, so heißt es in einer Erklärung der Kultusministerkonferenz (KMK), die verschiedenen, bis dahin parallel laufenden Stränge europäischer Bildungs- und Hochschulpolitik der beteiligten Staaten zusammengefasst und gebündelt. Durch die Einführung eines zweistufigen Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Studienabschlüsse (BA/MA), eines Leistungspunktesystems und der Modularisierung sollte die Mobilität von Studierenden, Lehrenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gefördert und die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Qualitätssicherung erhöht werden.

Die deutschen Hochschulen haben laut KMK in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um nahezu alle Studiengänge auf die neuen Studienstrukturen umzustellen, die Studiengänge zu modularisieren, das Leistungspunktesystem einzuführen und die Qualität der Lehre zu verbessern.

Neben der Anerkennung erzielter Fortschritte und Erfolge wurde aber auch Kritik gegenüber empfundenen Überregulierungen und einzelnen Schwächen des Bologna-Prozesses laut. Deshalb müssten die Wirkungen analysiert und, wo nötig, Korrekturen vorgenommen werden, fordert die Kultusministerkonferenz. Und verweist darauf, dass gegenwärtig insbesondere folgende Punkte kritisiert werden:

- stoffliche Überfrachtung, zu hohe Anwesenheitspflicht und Prüfungsdichte im Gefolge zunehmender Strukturierung und „Verschulung“ des Studiums
- zu geringe Ausnutzung der Bandbreite der Regelstudienzeiten für Bachelor- und Master-Studiengänge
- Zugang zum Master-Studium (Leistungsvoraussetzungen, Kapazitäten, „Quotierung“)
- restriktive Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, unzureichende Äquivalenzregelungen in den Studien- und Prüfungsordnungen

- Verschlechterung der nationalen und internationalen Mobilität
- Akzeptanz des Bachelors als ersten, berufsqualifizierenden Abschluss
- aufwändige Akkreditierungsverfahren
- Studienbeiträge in mehreren Bundesländern.

Die Kultusministerkonferenz hat sich nach ihrer Beratung im Oktober zum Ziel gesetzt, adäquat und schnell auf die vorgebrachten Kritikpunkte zu reagieren und die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses gemeinsam mit den Hochschulen voranzutreiben. Dazu hat die KMK folgende Punkte beschlossen:

1. Die Länder sehen die strukturierten Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Master als einen entscheidenden Schritt zur Flexibilisierung von Studium und Ausbildung und zur Verbesserung der Durchlässigkeit innerhalb des Bildungssystems an. Dabei hat der Bachelor-Abschluss als erster berufsqualifizierender Abschluss eine

Schlüsselfunktion. Die Länder würdigen ausdrücklich die bisher geleistete Arbeit der Hochschulen, ihre Studienstrukturen (...) zum Großteil auf das Bachelor- und Mastersystem umgestellt (...) zu haben.

2. Im Rahmen der „sozialen Dimension“ des Bologna-Prozesses setzen sich die Länder für einen weiteren Ausbau des BAföG ein. Eine Stärkung der Studentenwerke hält die KMK für sinnvoll.
3. Die Länder fordern die Hochschulen dazu auf, im Rahmen der ländergemeinsamen Strukturvorgaben bei der Einführung neuer Studiengänge die vorhandene Bandbreite von Regelstudienzeiten in Bachelor-Studiengängen (die sechs, sieben oder acht Semester betragen kann) zu nutzen. Die Hochschulen werden gebeten, im Rahmen der Reakkreditierung die Studieninhalte zu überprüfen. Dabei können Grundlagen und Spezialisierungen (...) neu austariert werden. Zugleich fordern sie die Hochschulen auf, (...) insbesondere bei konsekutiven Studiengängen, „Mobilitätsfenster“ vorzusehen (...).
4. Die Länder erwarten vom Akkreditierungsrat und den Akkreditierungsagenturen, dass sie bei der (Re-)Akkreditierung von Studiengängen der Studierbarkeit des Studiums Geltung verschaffen, und zwar im Hinblick auf die Studieninhalte, die Studiendauer und dem Verhältnis von Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlveranstaltungen. Auch die Modulgestaltung und Kompetenzorientierung sowie die „Employability“ sind im Zuge anstehender (Re-)Akkreditierungen verstärkt einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Jedes



Foto: Tübinger Bildungstreik www.tuewas.org

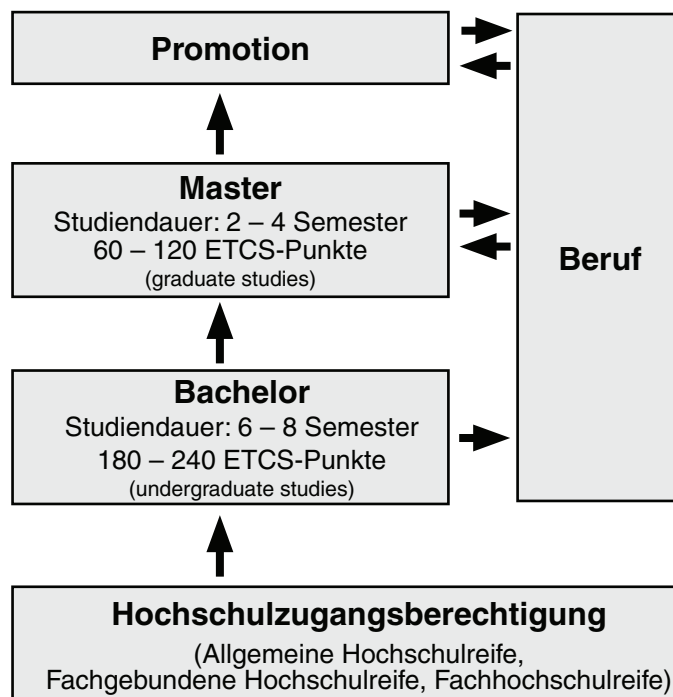
Studienprogramm muss auch daraufhin geprüft werden, ob (...) der Studiengang für die Studierenden in zeitlicher Hinsicht studierbar ist, der Prüfungsumfang angemessen ist (...). Die KMK befürwortet die aktive Einbeziehung der Studierenden in diesen qualitätsorientierten Weiterentwicklungsprozess. (...).

5. Die Grundsätze Vermittlung von Grundlagenwissen und Methodenkompetenz sowie exemplarische Themen- bzw. Inhaltswahl im Studium müssen auch Maßstab für die gegenseitige Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen in und zwischen den Hochschulen sein. Bei der Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen (...) kann es nicht um gleichartige, sondern muss es um gleichwertige Studienergebnisse gehen. (...) Das bedeutet, dass die Anerkennung zu erteilen ist, sofern keine wesentlichen Unterschiede bestehen. (...) Zudem werden die Hochschulen ermuntert, den Aufbau strukturierter Austauschprogramme mit ausländischen Partnerhochschulen voranzutreiben, um die gegenseitige Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen zu gewährleisten. Die Wissenschaftsminister der Länder werden diesem Aspekt der Mobilitätssicherung, z. B. in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, künftig besonderes Augenmerk widmen.



Foto: Tübinger Bildungsstreik www.tuewas.org

6. Die Länder wirken ggf. auch im Rahmen ihrer Hochschulgesetzgebung darauf hin, dass nicht ein kleinteiliges Prüfungswesen zu Lasten der Studierenden, aber auch der Lehrenden aufgebaut wird. In diesem Sinne sollten die Hochschulen anstreben, dass Module in der Regel nur mit einer Prüfung abzuschließen sind. (...) Individuelle Freiräume für die Studierenden (zur Gestaltung des Studiums) sollten erhalten bleiben bzw. ausgebaut werden. Die Länder erwarten von den Hochschulen eine angemessene systematische Studienberatung.
7. Für die Akzeptanz des Bachelorabschlusses von Seiten der Studierenden ist es mitentscheidend, welche beruflichen Perspektiven dieser Abschluss eröffnet. Je mehr berufliche Wege den Studierenden bereits mit dem Bachelorabschluss zur Verfügung stehen, desto mehr ge-



Studienaufbau Bachelor/Master

winnen nicht-konsequente und weiterbildende Masterstudiengänge an Bedeutung. Sie eröffnen die Möglichkeit, sich nach einer ersten Berufseinstiegsphase beruflich erforderliche Spezialisierungen anzueignen und sich weiterzuentwickeln. (...)

8. Damit der Bachelorabschluss erfolgreich in eine erste Berufstätigkeit einmünden kann, sind weitere Anstrengungen erforderlich, um noch bestehende Informationsdefizite bei künftigen Arbeitgebern – hier insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) – weiter abzubauen, um dem Bachelor zu dem Stellenwert zu verhelfen, der ihm im Rahmen der gestuften Studienstruktur zukommen soll. Dazu gehört auch, dass jedem Abschlusszeugnis ein Diploma Supplement beigefügt wird, das Struktur und Inhalte des Studiengangs erläutert. Für die zukünftige Entwicklung des Akademikerarbeitsmarktes ist es unverzichtbar, dass die derzeitige Umstellung

der Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse uneingeschränkt von der Wirtschaft mitgetragen wird. Die Länder empfehlen daher den Hochschulen nachdrücklich, Studieninhalte und zu erwerbende Kompetenzen mit möglichen künftigen Arbeitgebern zu diskutieren, ihre Alumni in die Weiterentwicklung der Studiengänge einzubinden und Absolventinnen und Absolventen auch auf die Option der beruflichen Selbstständigkeit vorzubereiten. Die Länder werden Maßnahmen entwickeln, die die Akzeptanz des Bachelorabschlusses steigern können, um den Hochschulabsolventinnen und -absolventen bessere Chancen für ihren Berufsstart zu ermöglichen. Als Beispiel sei hier auf die

durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, BDI und BDA ins Leben gerufene Initiative „Bachelor Welcome“ verwiesen.

9. Die KMK wird die genannten Punkte mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) diskutieren.
10. Die KMK begrüßt, dass sich der Akkreditierungsrat auf seiner 60. Sitzung am 09.12.2009 unter dem Titel „Studierbarkeit und Beschäftigungsbefähigung in der Reakkreditierung sichern“ in einem Expertengespräch der Thematik annehmen wird.
11. Die KMK wird im Frühjahr 2010 eine Fachtagung initiieren, um eine erste Bestandsaufnahme der eingeleiteten Schritte zu ziehen.

Quelle: MWFK, Baden-Württemberg

Kongress in Stuttgart

Baden-Württemberg wird einen international besetzten Kongress zur Bologna-Reform im kommenden März in Stuttgart veranstalten. Dies teilte Wissenschaftsminister Prof. Dr. Peter Frankenberg mit. „Gut zehn Jahre nach den Bologna-Beschlüssen ist es nun Zeit für eine Zwischenbilanz. Ich will mit Experten aus dem In- und Ausland darüber sprechen, wie wir die Bologna-Reform weiterführen“, so Frankenberg. Wichtig sei es, die Studierenden an der Diskussion zu beteiligen.

„Es kann nicht darum gehen, die Bologna-Reform zurückzudrehen, sondern darum, ihr weiter zum Erfolg zu verhelfen“, so der Minister. Alle bisherigen Analysen sprächen deutlich dafür, stärker auf Qualität als auf Formalien zu achten und mehr Flexibilität in das System zu bringen. „Die Hochschulen müssen die Spielräume nutzen, die ihnen das System jetzt schon bietet. Dazu gehört eine Bandbreite von drei bis vier Jahren bei der Festset-



Wissenschaftsminister
Prof. Dr. Peter Frankenberg

zung der Regelstudienzeit für Bachelorstudiengänge“. Die Hochschulen sollen dem Minister zufolge die grundlegende Methodik eines Fachgebiets stärker in den Vordergrund stellen und zu starke Spezialisierungen vermeiden. Studium und Prüfungen müssten klar strukturiert sein, um die Studierbarkeit zu sichern. Zugleich müsse es Freiräume für eine kritische Auseinandersetzung mit den Inhalten geben. „Aber auch die Hochschulpolitik muss sich bewegen und insbesondere die starre zeitliche Obergrenze von fünf Jahren für aufeinander abgestimmte Bachelor- und Masterprogramme auf den Prüfstand stellen“, so der Minister.

Frankenberg betonte, bei der Debatte über mögliche Korrekturen dürfe man die Notwendigkeit der Bologna-Reform nicht aus dem Blick verlieren. Bei gestiegenen und weiter steigenden Studierendenzahlen sei Bologna der einzige Weg, einer großen Anzahl von jungen Menschen zu einem akademischen Beruf zu verhelfen und gleichzeitig den Nachwuchs für Wissenschaft und Forschung zu sichern.

In Schule und Uni überfordert?

„The Times they are a-changin“, singt Bob Dylan. Dieser Song passt in die heutige Zeit, weil sich Deutschlands Hochschulen und Studenten im gewaltigsten Wandel befinden, seit Dylan 1964 diese Zeilen sang.

Für unsere Eltern waren solche Songs ihre Hymnen. Sie standen für den Abschied vom Alten, Verkrusteten. Die Studenten des Jahres 2009 haben keine Hymnen. Zwar durchleben sie einen kollektiven Umsturz ihrer Lebenswirklichkeit, und doch besingt keiner wie einst Bob Dylan diese neue Welt. Denn der Umsturz kommt nicht von unten, sondern er wurde vor zehn Jahren von 29 Bildungsministern in Bologna beschlossen. Wenn der Prozess, der in der italienischen Stadt eingeleitet worden ist, einmal zum Ende kommt, werden Deutschlands Studenten nicht mehr dieselben sein.

Ich durfte miterleben, wie eine Studentengeneration von der nächsten abgelöst wird. Ich konnte mich an der Uni Hohenheim noch in einen Diplomstudiengang einschreiben; seit 2006 studiert man mein Fach Kommunikationswissenschaft für den Bachelorabschluss. Was das bedeutet? Dass man junge Menschen binnen drei Jahren jenem Stoff aussetzt, den ich mir in neun Semestern aneignen konnte. Zeitmangel wird zur Konstante; die Vorlesung ersetzt zunehmend das Seminar; Stundenpläne baut man nicht selbst, sondern bekommt sie vorgesetzt, weil der Stoff vorgegeben ist. G 8, das auf acht Jahre verkürzte Gymnasium, setzt sich an der Hochschule fort. Dieses System produziert erkennbar andere Menschen als das alte. Das muss nicht schlecht sein, aber man muss es wissen.

Viele Kommilitonen schwärmen zu Beginn des Studiums von jener Freiheit zwischen Zeugnisvergabe und erster Vorlesung. Viele klagen jedoch bald über Stress, gehen seltener auf Unipartys, verabschieden sich irgendwann ins Auslandssemester, ohne dass man mit ihnen irgendetwas verbinden könnte. Diese farblosen Studenten werden immer zahlreicher.

Als studentischer Vertreter, der zwischen Fachschaft, AStA, Senat und Studiengebührenkommission pendelt, nehme ich viel für mein Leben mit. Ich lerne zum Beispiel, Positionen auszuhandeln und sie vor der Professorenschaft vorzutragen. Das braucht jedoch Zeit.

Man kann es den stressgeplagten Bachelorstudenten nicht übel nehmen, dass sie sich zunehmend vom Engagement für andere verabschieden. Wozu über Hochschulpolitik diskutieren, kulturelle Veranstaltungen organisieren und ausländische Kommilitonen unterstützen? Solches Engagement wird nicht belohnt, zumindest nicht direkt. Wo allenthalben Unmut über bestimmte Beschlüsse herrscht – selbst in der Professorenschaft –, sind wir oft die einzigen, die den Mund aufmachen. Ich fürchte, dass die Bologna-Studenten den Mund nur noch aufmachen, wenn es um ihre eigenen Belange geht. Jede Gesellschaft bekommt die Studenten, die sie verdient. Von den Eltern gepampert, in Schule und Uni überfordert – da ist es nur logisch, dass die Leistungsträger von morgen schon heute nach Vorlesungsende am liebsten in Ruhe gelassen werden und ihr Studium möglichst rasch hinter sich bringen wollen. Keine guten Aussichten für unsere Demokratie.

Um über den Tellerrand vorgefertigter Stundenpläne hinauszublicken, ist zusätzlicher Einsatz notwendig. Just diese Stundenpläne lassen vielen Studenten leider kaum mehr Zeit zum Luftholen. Im Gegenteil: Sie erzeugen zusätzlichen Druck, weil Engagement als positiv, wenn nicht gar essenziell für den Lebenslauf gilt. So mancher engagiert sich, obwohl er dazu eigentlich gar keine rechte Lust oder Zeit hat.

Ich bin froh, dass ich mein Studium 2004 beginnen durfte und nicht 2009. Und doch hoffe ich für die neuen Kommilitonen, dass sich zumindest eines nicht ändert: dass die nun für sie anbrechende Zeit die beste ihres Lebens wird.

Jan Georg Plavec,
Student und freier Journalist, www.jangeorgplavec.de

Erfolgreiche Zwischenbilanz von „Gscheit studiert“

Studienbotschafterprogramm kommt gut an und soll ausgeweitet werden

Eine positive Zwischenbilanz der Informationskampagne „Gscheit studiert“ hat Wissenschaftsminister Professor Dr. Peter Frankenberg gezogen.

„Die richtige Studienwahl ist der Schlüssel zu Erfolg in Studium und Beruf. Wir helfen den Schülerinnen und Schülern bei der notwendigen Orientierung“, so der Minister. Die Evaluationsagentur evalag Baden-Württemberg und die Hochschule der Medien Stuttgart habe die Aktivitäten der Servicestelle Studieninformation, -orientierung und -beratung (SIOB) beim Wissenschaftsministerium über fast zwei Jahre evaluiert – mit positiven Ergebnissen.

Bundesweite Beachtung für Servicestelle

Die Studieninformationskampagne des Landes habe sich seit ihrer Einführung vor zwei Jahren erfolgreich etabliert. Die Marke „Gscheit studiert“ sei bei den Schülerinnen und Schülern eine feste Größe, sagte Frankenberg. Mit der Servicestelle verfüge Baden-Württemberg über eine einmalige Einrichtung, deren Aktivitäten bundesweit Beachtung fänden. „Die Ergebnisse der Evaluation können sich sehen lassen“, so Frankenberg. Die Studienbotschafterteams haben bislang in rund 500 Einsätzen an allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien rund 35.000 Schüler und Schülerinnen über die verschiedenen Fragen des Studierens informiert und für ein Studium motiviert.“

Kampagne-Elemente einzigartig

Laut Gutachten der evalag liegt der Bekanntheitswert der Website www.studieninfo-bw.de und der Broschüre „Studieren in Baden-Württemberg“ (Auflage 170.000 Exemplare) auf einem unter Marketing-Gesichtspunkten sehr beacht-

lichen Niveau. Die qualitative Bewertung der Medien durch die Schüler und Schülerinnen liegt im Bereich von „gut“. Die Kampagnen-Elemente „Schulveranstaltungen mit Studienbotschafterinnen und Studienbotschaftern“ sowie die Verknüpfung mit der Lehrerfortbildung sind laut Gutachten nach wie vor bundesweit einzigartig.

Das Evaluationsverfahren habe, so Frankenberg, zudem eine positive Wirkung auf die Kommunikation zwischen SIOB, Hochschulen und Schulen in Baden-Württemberg gehabt, aber auch Synergien mit Projekten wie Coaching4Future, einem Projekt der Landesstiftung, mit dem die Studien- und Berufswahl für MINT-Fächer gestärkt werden soll, entfaltet.

Neue Herausforderungen durch G8

Zur langfristigen Qualitätssicherung im Bereich der Studieninformation und der Studienfachwahl sei eine ständige Weiterentwicklung der Maßnahmen unumgänglich, meint Frankenberg. Die Umstellung auf das achtjährige Gymnasium werde neue Herausforderungen für eine erfolgreiche Studienorientierung mit sich bringen. „Die Studieninteressierten werden jünger und benötigen mehr Begleitung bei ihrer Studienwahluche und beim Studienstart“, so der Minister. Das Studienbotschafterprogramm solle zudem auf gezielte Kommunikationsmaßnahmen und Veranstaltungen für Jugendliche mit Migrationshintergrund ausgeweitet werden.



weitere Informationen: www.studieninfo-bw.de

Hochschulen öffnen Türen für Tausende von Schülerinnen und Schülern

Minister Frankenberg und Rau: Angebote zur Berufs- und Studienwahl werden weiter ausgebaut.

Die Hochschulen des Landes hatten beim landesweiten „Studieninformationstag“ am 18. November wieder viele tausend Oberstufenschülerinnen und -schüler zu Besuch. Wissenschaftsminister Peter Frankenberg und Kultusminister Helmut Rau: „Die Hochschulen öffnen ihre Türen, um den künftigen Studierenden Informationen aus erster Hand über das Studium in den verschiedenen Fächern zu geben. Für eine sinnvolle Studienwahl ist es wichtig, sich ein eigenes Bild zu machen.“ Der Studieninformationstag bilde ein Highlight im System der Studieninformation und der Kampagne „Gscheit studiert“, mit der „wir die Schülerinnen und Schüler bei der Studienwahl unterstützen. Eine sinnvolle Studienwahl ist der Schlüssel zu Erfolg in Studium und Beruf“, sagte Wissenschaftsminister Frankenberg.

Kultusminister Rau betonte, jede Schülerin und jeder Schüler solle die Gelegenheit nutzen, das Studienangebot der Hochschulen vor Ort kennen zu lernen. „Man kann an diesem Tag Vorlesungen besuchen, mit Professorinnen und Professoren diskutieren und Labore besichtigen – also richtig Hochschulluft schnuppern.“

Frankenberg und Rau zufolge soll ab 2010 an den allgemein bildenden Gymnasien ein neues 2-tägiges Entscheidungstraining zur Berufs- und Studienwahl angeboten werden. Kultus- und Wissenschaftsministerium wollen dafür zusätzliche Ressourcen bereitstellen. „Mit dem Training soll das bisherige Angebot deutlich ausgeweitet werden, sodass sich künftig erheblich mehr Schülerinnen und Schüler pro Jahr intensiv auf eine individuell sinnvolle und gesellschaftlich wünschenswerte Studien- und Berufswahl vorbereiten können“, so die Minister.